

"Die Schwierigkeiten des politischen Europas" in Le Monde (27. November 1961)

Legende: Am 27. November 1961 legt die französische Tageszeitung Le Monde die Haltung der europäischen Partner Frankreichs zum Aufbau eines politischen Europas dar.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. Beuve-Méry, Hubert. 27.11.1961, n° 4 934; 18e année. Paris: Le Monde. "Les difficultés de l'Europe politique", p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_schwierigkeiten_des_politischen_europas_in_le_monde_27_november_1961-de-fcbdob79-e5fb-4db4-a6eb-5791b7bbf797.html



Publication date: 05/07/2016

Die Schwierigkeiten des politischen Europas

Bei ihrer Sitzung am 18. Juli in Bad Godesberg hatten die Staats- und Regierungschefs der Sechs die Studienkommission unter dem Vorsitz Christian Fouchets damit beauftragt, „ihnen Vorschläge zu unterbreiten, um einer Union ihrer Völker baldmöglichst eine offizielle Form zu verleihen“. Seither haben verschiedene Delegationen Arbeitsdokumente eingereicht, und die französische Delegation hat sich die Mühe gemacht, eine Zusammenfassung in Form eines Entwurfs eines „Staatenbundes“ vorzulegen. *Le Monde* hat diesen am 31. Oktober und am 4. November analysiert.

Dieser Entwurf nahm sich in dem Sinne das Europa der Vaterländer zum Vorbild, dass alle Beschlüsse einstimmig verabschiedet werden sollten, unter dem Vorbehalt einer möglichen Enthaltung oder der Abwesenheit eines oder zweier Mitgliedstaaten, die so von der Anwendung des verabschiedeten Entschlusses befreit wären. Artikel 16 aber sieht eine komplette Überprüfung der Vertragsbestimmungen nach drei Jahren vor.

Ogleich sich unsere italienischen und deutschen Partner immer für die supranationale Idee eingesetzt und bezüglich der Ideen von General de Gaulle zu einem Staatenbund etliche Einwände erhoben hatten, als diese im Sommer 1960 vorgelegt wurden, waren sie dennoch der Ansicht, dass besagter Artikel 16 sehr gute Aussichten für einen engeren Zusammenschluss Europas biete. Wenn auch mit einigen Änderungsvorschlägen, denen das Außenministerium am Quai d'Orsay nicht ablehnend gegenüber steht, haben sie also das französische Projekt entschieden unterstützt. Luxemburg vertrat eine ähnliche Haltung.

Die Niederlande, die nur widerwillig in die Unterzeichnung der Erklärung vom 18. Juli eingewilligt hatten, machten erneut ihre Einwände geltend. Entweder, so ihre Vertreter, bleiben wir im Rahmen der Sechs und müssen also für unsere politische Zusammenarbeit die gleichen Integrationsprinzipien anwenden, die das Fundament der Wirtschaftsgemeinschaften darstellen, oder wir verlassen diesen Rahmen, und dann gäbe es keinen Grund, Großbritannien nicht an unseren Diskussionen teilhaben zu lassen.

In der Tat entbehrt diese Schlussfolgerung nicht einer gewissen Logik. Nun ist es aber so, dass es der britischen Öffentlichkeit schon schwer fällt, sich an den Gedanken eines Gemeinsamen Marktes zu gewöhnen, und London aus diesem Grund keinerlei Wert darauf legt, zu den Diskussionen über einen Staatenbund eingeladen zu werden. Macmillans Regierung betrachtet derzeit den Rahmen der WEU als völlig ausreichend und gab dies den beteiligten Mächten zu verstehen. Offen gestanden kann man sich fragen, ob die niederländischen Vorbehalte, wenngleich absolut triftig, nicht auf tiefer greifende Gründe zurückzuführen sind, und ob man sich in Den Haag nicht die Frage stellt, welchen Nutzen eigentlich der Gemeinsame Markt bringt.

Viel überraschender kommt allerdings die Kehrtwende der Belgier. Im Winter 1960-1961 setzte sich niemand so sehr für eine Einigung ein wie Paul-Henri Spaak. Man kann sagen, dass er zusammen mit Jean Monnet eine wesentliche Rolle gespielt hat, um Kanzler Adenauer dazu zu bewegen, sich dem Plan de Gaulles anzuschließen, der passenderweise um alle Bestandteile erleichtert worden war, welche die bestehenden supranationalen Strukturen hätten in Frage stellen oder das atlantische Bündnis belasten können. Heute nun prangert er öffentlich die Gefahren eines Europas der Vaterländer an und schließt sich der niederländischen Delegation in ihrer Forderung nach einer Vertagung der Sitzung der Studienkommission an, die am 29. November stattfinden sollte.

Es bleibt zu hoffen, dass das für Mitte Dezember geplante atlantische Treffen den Außenministern der Sechs die Möglichkeit bietet, die Diskussionen wieder aufzunehmen, sollten sie dies nicht schon vorher erreicht haben. Die kürzlich erfolgte Annäherung zwischen General de Gaulle und Hallstein sowie die entschiedene Unterstützung des französischen Entwurfs durch Rom und Bonn müssten Brüssel davon überzeugen, dass der bescheidene Entwurf, den Paris unterbreitet, den alten Traum der Vereinigten Staaten von Europa keineswegs gefährdet.

Den laufenden Versuch aufzugeben, würde im Gegenteil denen Genugtuung verschaffen, die auf eine Teilung Europas spekulieren, und könnte dem Gemeinsamen Markt einen schweren Schlag versetzen. Er

kann nur um den Preis eines Minimums an politischer Organisation in seiner jetzigen Form bestehen bleiben
– vor allem, wenn es zu einer geographischen Erweiterung kommen soll.